

17. August 2020

Corona-Pandemie: Schlussfolgerungen für die Zürcher Bildungspolitik

Die Zürcher Volksschule hat die erste Phase der Corona-Pandemie mit sehr viel Engagement aller Beteiligten gemeistert. Doch die acht Wochen Fernunterricht haben auch ein Schlaglicht auf bestehende Schräglagen und Schwachstellen geworfen. Sollen die Schulen für die Zukunft gerüstet sein, besteht in der Zürcher Bildungspolitik Handlungsbedarf. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV und SekZH orten dies insbesondere bei Massnahmen für Chancengerechtigkeit, bei Investitionen in digitale Mittel und bei den zeitlichen Ressourcen der Lehrpersonen.

Heute starten die Zürcher Volksschulen in das Schuljahr 2020/2021 – ein Jahr, das weiterhin sehr stark beeinflusst sein wird von den turbulenten Ereignissen, wie sie ab dem 13. März 2020 ihren Lauf nahmen. An jenem Tag verordnete der Bundesrat die sofortige Schliessung aller obligatorischen und weiterer Schulen. Für die acht folgenden Schulwochen hiess es deshalb auch in der Zürcher Volksschule für gegen 150'000 Schülerinnen und Schüler sowie rund 16'000 Lehrpersonen und 700 Schulleitende: Fernunterricht. Anschliessend wurde ab dem 11. Mai der Präsenzunterricht zuerst mit vier Wochen Halbklassenunterricht wieder hochgefahren. Dieser umsichtige Wiedereinstieg in den Präsenzunterricht entsprach den Empfehlungen der wissenschaftlichen Task Force des Bundesrats und hat sich auch aus pädagogischer Sicht klar bewährt. Die von den Schulen entwickelten Schutzkonzepte bewährten sich ebenfalls und trugen dazu bei, die Zahl von Corona-Fällen im Schulbereich tief zu halten.

Mit dem Start ins neue Schuljahr ist es Zeit, nochmals mit etwas Abstand zurückzublicken und die wesentlichen Schlussfolgerungen für die nahe und mittelfristige Zukunft der Volksschule zu ziehen.

Schlussfolgerung 1: Die Volksschule ist systemrelevant

Die Bildungsinstitutionen haben ihren Bildungsauftrag während der gesamten Phase des Fernunterrichts und auch danach beim Hochfahren des Präsenzunterrichts so gut wie möglich erfüllt – tatkräftig unterstützt von den Eltern. Der Unterricht lief weiter, ohne dass die Kinder durch die Lehrpersonen direkt beaufsichtigt werden konnten. Diese Aufgaben mussten wo immer möglich die Eltern übernehmen. Die Systemrelevanz der Schulen wurde offensichtlich, die vielfältigen Funktionen der Schule wurden spürbar: Institution für die Bildung und Ausbildung, für die Integration, für die Betreuung während der Arbeitszeit der Eltern, für die klare Tagesstruktur und für den sozialen Austausch. Wem es vorher nicht klar war, erkannte es spätestens mit dem Corona-Lockdown: Die Bedeutung der Schulen geht weit über «lesen, rechnen, schreiben» hinaus. Sie tragen die gesellschaftliche Ordnung mit.

Schlussfolgerung 2: Es braucht Investitionen für die Chancengerechtigkeit

Viele Eltern haben sich während des Fernunterrichts sehr stark engagiert – dies oft parallel zum Homeoffice. Andere Eltern konnten diese Unterstützung nicht leisten, u.a. aufgrund der Arbeitssituation oder aufgrund einer anderen Erstsprache. Zusammen mit anderen Faktoren führte dies nach dem Fernunterricht zu teils beträchtlichen Unterschieden im Lernstand. Dieser konnte bei einigen Schülerinnen und Schülern bis zu den Sommerferien weitgehend oder ganz kompensiert werden, bei anderen noch nicht. Im ersten Semester des Schuljahrs 2020/21 werden die Lehrpersonen weiter daran arbeiten, die entstandenen individuellen Lernstandrückstände aufzuholen. Doch eigentlich geht es um mehr: Der Fernunterricht hat aufgezeigt, wie wichtig die Chancengerechtigkeit zu jeder Zeit ist. Dies ist eine zentrale, auch volkswirtschaftlich bedeutsame Aufgabe der Volksschule. Die Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels sind bekannt: Es braucht mehr Ressourcen für eine intensive Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen. Eine bewährte Methode ist konsequentes Teamteaching.

- ZLV und SekZH fordern, dass Teamteaching einen höheren Stellenwert erhält – insbesondere im Kindergarten und im 2. Zyklus (Mittelstufe).

Schlussfolgerung 3: Es braucht rasch einen gemeinsamen Effort aller Akteure des Schulfelds für die kurz- und mittelfristige digitale Zukunft

Offensichtlich wurde im Fernunterricht, wie wichtig eine gute digitale Infrastruktur ist. Gemeinden und Schulen, die in den letzten Jahren in ihre digitale Infrastruktur investiert hatten, meisterten die Umstellung besser als solche, in denen dies keine Priorität hatte. In Zukunft muss an allen Schulen gewährleistet sein, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu Geräten für digitalen Unterricht haben. Zudem müssen digitale Plattformen vorhanden und einfach einsetzbar sein, auf denen sich die Lehrpersonen mit den Schülerinnen und Schülern austauschen können.

Dabei muss auf zwei zeitlichen Ebenen vorgegangen werden: Kurzfristig geht es darum, dass sich die Lehrpersonen und Schulen auf das Risiko eines neuen Lockdowns mit Fernunterricht vorbereiten – wobei ein solcher möglichst zu verhindern ist. Insbesondere ist es wichtig, bewährte digitale Plattformen und Methoden aus der ersten Fernunterrichtsphase auszuwerten und zu verbessern. Auch die Kommunikation mit den Eltern in solchen Phasen ist zu evaluieren und wo nötig zu verbessern.

Mittelfristig geht es darum, die gesamte Zürcher Volksschule flächendeckend stärker zu digitalisieren und mit den dafür nötigen Geräten und Infrastrukturen auszustatten. Damit dies möglich wird, brauchen die Schulen genügend Zeit und finanzielle Mittel. Wo Gemeinden die entsprechenden Investitionen nicht selbst finanzieren können, muss der Kanton Zürich subsidiär Verantwortung übernehmen. Der momentane Flickenteppich mit unterschiedlichsten Konzepten und Ausstattungsgraden bewährt sich definitiv nicht – es braucht eine Harmonisierung.

- ZLV und SekZH fordern, dass die Bildungsdirektion in der Digitalisierung der Zürcher Volksschule eine aktiv koordinierende und wo nötig finanzierende Rolle übernimmt.

Schlussfolgerung 4: Klassenlehrpersonen sind entscheidend und müssen zeitlich entlastet werden

Die Lehrpersonen und Schulleitungen haben schnell, flexibel und unkompliziert den Fernunterricht auf die Beine gestellt, laufend verbessert und anschliessend wieder in den Präsenzunterricht überführt. Die Schulleitungen und Klassenlehrpersonen waren dabei besonders gefordert. Sie sind Drehscheiben für die Vorgaben der Schule und die unzähligen Einzelanliegen von Schülerinnen und Schülern und von Eltern. Für ihre Arbeit reichen die zur Verfügung stehenden Zeitgefässe schon in sogenannt normalen Zeiten nicht. In der Krisenzeit hat sich gezeigt, wie wichtig Schulleitungen und Klassenlehrpersonen für die Organisation der Schulen sind. Sie müssen zeitlich entlastet werden – auf allen Stufen.

- ZLV und SekZH fordern, dass im neuen Berufsauftrag nBA die Stundendotation für Klassenlehrpersonen auf mindestens 120 Stunden pro Schuljahr angehoben wird (heute 100 Stunden).

Schlussfolgerung 5: Der Lehrberuf muss die besten Leute anziehen können – dafür braucht es bessere Rahmenbedingungen

Der Fernunterricht zeigte, dass digitale Unterrichtsmethoden professionell angewandt zu guten Resultaten führen können und effizient sind. Er zeigte aber auch, dass es für eine funktionierende Lernbeziehung in der obligatorischen Schule den persönlichen Kontakt zwischen Lehrperson und Schülerin oder Schüler braucht. ZLV und SekZH gehen davon aus, dass sich in der Volksschule künftig traditionelle und digitale Unterrichtsmethoden miteinander zu einem kombinierten Ansatz entwickeln werden. Der Lehrberuf wird dadurch noch vielseitiger und damit auch entsprechend anspruchsvoller, sowohl auf pädagogischer als auch methodisch-didaktischer Ebene. Deshalb muss das Schulfeld erst recht die besten für den Beruf geeigneten Leute anziehen können. Das Umfeld dazu ist äusserst schwierig: Bereits heute besteht ein Mangel an Lehrpersonen – oft haben die Schulen für konkrete Stellenbesetzungen kaum eine Auswahl oder gar keine Bewerbungen. So waren auch in diesem Jahr in der letzten Sommerferienwoche vor Schulbeginn noch nicht alle Klassenlehrerstellen besetzt und in etlichen Klassen kommen vorerst Stellvertretungen zum Einsatz, weil keine Lehrperson für eine Festanstellung gefunden werden konnte. Deshalb ist klar: Der Lehrberuf muss attraktiver werden.

Im Moment wird die Attraktivität des Lehrberufs im Kanton Zürich insbesondere durch eine strukturelle Überbelastung beeinträchtigt. Wie die Arbeitszeiterhebung des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH belegt, leisten Zürcher Lehrpersonen im Schnitt unbezahlte Überzeit im Umfang von durchschnittlich 3 bis 7 Arbeitswochen (je nach Pensum) – signifikant mehr als in anderen Deutschschweizer Kantonen. Besonders ausgeprägt ist die Situation unter anderem im Kindergarten. Ein Hauptgrund für die Überzeitproblematik im Kanton Zürich ist der mit 58 Stunden pro Jahreslektion zu tief ange-setzte Arbeitszeitfaktor (pro Lektion im Stundenplan wird mit 58 Stunden Jahresaufwand gerechnet).

- ZLV und SekZH fordern, dass im neuen Berufsauftrag nBA der Arbeitszeitfaktor auf 62 Stunden angehoben wird.
- ZLV und SekZH fordern, dass Kindergartenlehrpersonen eine echte 100 Prozentanstellung erhalten, indem der volle Arbeitseinsatz entlohnt wird (im Moment werden die sogenannten begleiteten Pausen nicht als vollwertige pädagogische Sequenzen angerechnet und in der Regel sind am Kindergarten nur Anstellungspensen von maximal 90% möglich – mit entsprechend tieferem Jahreslohn).